

**FDP**  
Die Liberalen



# SCHWEIZER FREISINN

Aus den Kantonen Jungfreisinnige	2/3 5	Unsere Mentees Interview	6/7 10/11	Delegiertenversammlung Unter Freisinnigen	14 18	Abstimmungen NEIN zur Minder-Initiative	19 20/21/22
-------------------------------------	----------	-----------------------------	--------------	--	----------	--	----------------

35. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

## Inhalt

### Generationensolidarität im Arbeitsalltag

Durch die steigende Lebenserwartung müssen immer weniger Erwerbstätige für die Rente von immer mehr älteren Personen aufkommen. Um die Finanzierung der Sozialwerke langfristig zu sichern, sollen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Welche Massnahmen die FDP zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation für die über 55-Jährigen ergreifen will, lesen Sie auf

[Seite 9](#)

### Delegiertenversammlung

Am 2. Februar trafen sich die Delegierten der FDP Schweiz in Zürich zu ihrer ersten Versammlung im Jahr 2013. Dabei verabschiedeten sie nicht nur ein Papier zur Infrastrukturpolitik der FDP, sondern fassten auch die Nein-Parole zur Revision des Raumplanungsgesetzes. Eindrücke der Delegiertenversammlung finden Sie auf den

[Seiten 14 und 15](#)

### NEIN zur Minder-Initiative

Im «Freisinn» kreuzen Gabi Huber und Susanne Leutenegger Oberholzer (SP) die Klinge zur Minder-Initiative. Die FDP-Fraktionspräsidentin setzt sich sehr für den indirekten Gegenvorschlag ein. Ihre Argumente finden Sie auf den

[Seiten 20 und 21](#)



Brücken in die Zukunft schlagen: Mit den richtigen Entscheidungen hinsichtlich der Infrastrukturpolitik können wir unser Land fit machen für die Herausforderungen der 8-Millionen-Schweiz.

## Infrastruktur

# «Mobilität so gut wie eine Schweizer Uhr»

Die Infrastruktur in unserem Land steht vor grossen Herausforderungen. Immer mehr Menschen, immer mehr Mobilität, immer mehr Verkehr – das führt zu Staus auf den Strassen, zu überfüllten Zügen und Gedränge auf dem Perron. Wenn wir diese Herausforderungen jetzt nicht angehen, werden wir in wenigen Jahren vor grossen Problemen stehen.

Darum ergreift die FDP jetzt die richtigen Schritte für eine Weiterentwicklung der Infrastruktur. Wir stel-

len uns mutig den Herausforderungen, welche die 8-Millionen-Schweiz mit sich bringt. Dabei wollen wir mit einer zukunftsorientierten Perspektive vorgehen und nicht mit einer Pflasterlipolitik nur die gerade brisantesten Probleme beheben. Wir brauchen wegweisende Entwicklungen in der Strassen- wie auch der Schieneninfrastruktur. Dazu gehört unter anderem das Projekt «Croix fédérale» von Olivier François (siehe Interview Seite 17).

Aber auch die Telekom-Infrastruktur muss an die Herausforderungen angepasst werden. Gerade in Randregionen muss die Abdeckung beim Mobilfunk als auch im Bereich Glasfasernetze optimiert werden. Denn damit lässt sich die Abwanderung aus diesen Regionen verhindern.

Herausforderungen sind dazu da, um angepackt zu werden. Lesen Sie im Schweizer Freisinn, mit welchen Schritten die FDP den Weg in die Zukunft gehen will. [Seite 16](#)

# Churer Stadtpräsident Urs Marti hat sein Amt angetreten

Anfang Jahr hat der neue Churer Stadtpräsident Urs Marti sein Büro im Rathaus bezogen. Die Bündner *FDP.Die Liberalen* ist hoch erfreut, dass nun nach 16 Jahren Absenz die FDP im Rathaus wiederum kompetent vertreten ist, um Mitverantwortung zu tragen.

In diesem Sinne wünscht die Bündner *FDP.Die Liberalen* Urs Marti einen guten Start in seinem neuen, verantwortungsvollen Amt als Churer Stadtpräsident. Sie freut sich auf eine erspriessliche Zusammenarbeit.

**Silvio Zuccolini, Pressechef  
FDP.Die Liberalen Graubünden**



Urs Marti bei seinem Stellenantritt als Churer Stadtpräsident am 2. Januar 2013.

# Abwechslungsreicher Wahlkampf in Solothurn

Der Wahlkampf für die Kantonsrats- und Regierungswahlen am 3. März 2013 ist kurz und intensiv. Die Ausgangslage für die Solothurner Freisinnigen: Es gilt, die beiden Regierungssitze mit der bisherigen Esther Gassler und dem neu antretenden Remo Ankli zu verteidigen. Im 100-köpfigen Kantonsparlament will die FDP 28 Mandate (+2) erzielen und stärkste Partei bleiben. Dass die heisseste Phase in die kälteste Jahreszeit fällt, hat seine

Vor- und Nachteile. So finden in den fünf Wahlkreisen viele Wahlveranstaltungen im gemütlichen Rahmen an der Wärme statt, etwa Jass- und Lottoabende, Wahlkampfarenen, Betriebsbesichtigungen und dergleichen. Standaktionen brauchen etwas mehr Überwindung, aber dank der motivierten Kandidaten stossen auch diese auf fruchtbaren Boden. Die Regierungskandidaten sind jeden Abend im weitverzweigten Kanton unterwegs



Regierungskandidat Remo Ankli (im Vordergrund) drückt mit den anderen Kandidaten zum Fasnachtsauftakt wieder die Schulbank.



Die Kandidierenden der FDP Solothurn sind nicht nur zum Kaffee die richtige Wahl.

bei der Basis und auch online präsent. Zwei Trickfilme, die auf Youtube, Facebook und in den Kinos des Kantons gezeigt werden, erfüllen ihren Zweck: Es wird darüber gesprochen! Zusätzlich haben wir eine starke Präsenz mit Plakaten im gekauften Raum, aber auch wild. Dreissig grosse Blachen mit den Regierungskandidaten wurden beispielsweise im ganzen Kanton an dicht befahrenen Verkehrs-

achsen platziert. Etwas zurückhaltender agieren wir hingegen bei den Inseraten. Inhaltlich haben wir uns nahe bei den Aargauer Kollegen positioniert, welche ihre Wahlen letzten Herbst bekanntlich gewinnen konnten. Mit den Kernthemen Wirtschaft & Finanzen, Kriminalität & Asylwesen sowie den ruinösen Sozialkosten hoffen wir, bei unserer Wählerschaft punkten zu können.



Luzern

## FDP-Delegierte lehnen Abzocker-Initiative ab

Die vergangene Delegiertenversammlung stand im Zeichen der drei eidgenössischen Abstimmungsvorlagen. Die Anwesenden durften sich auf hochkarätige Referenten wie Ständerat Thomas Minder und Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, freuen. Entschieden haben die Delegierten schliesslich aber gegen die Voten der auswärtigen Gäste: Die Abzocker-Initiative wie auch den Bundesartikel über die Familienpolitik lehnten sie ab, das Raumplanungsgesetz nahmen sie an.

Am Montagabend, 28. Januar 2013, fanden sich die Delegierten der FDP. *Die Liberalen Luzern* im Hotel-Restaurant Sonne in Reiden ein. Neben der Parolenfassung zu den drei eidgenössischen Abstimmungsvorlagen wurde auch der Jahresbericht 2012 vorgestellt. Das vergangene Jahr sei ganz im Zeichen der Konsolidierung und Stärkung der Strukturen gestanden, so Peter Schilliger. «Jetzt gilt der Fokus wieder ganz der politischen Arbeit und der Vorbereitung für die Wahlen 2015.»

### Nein zur Volksinitiative «gegen die Abzockerei»

Die Delegierten kamen in den Genuss von mehreren hochkarätigen Referenten. So wurde die Abstimmungsvorlage zur Volksinitiative «gegen die Abzockerei» kontradiktorisch vom parteilosen Ständerat und Initianten Thomas Minder (pro) und der Urner FDP-Fraktionschefin Gabi Huber (kontra) präsentiert. «Das Original ist immer besser», so Thomas Minder. Jüngste Beispiele wie etwa die Abgangschädigung von Daniel Vassella hätten gezeigt, dass nur eine Vorlage, welche alle Hintertürchen schliesst, wirklich griffig sei. Gabi Huber konterte, dass die Initiative einer freiwilligen Standortschädigung gleichkäme. Sie rief die Delegierten auf, keinen emotionalen Abstimmungsentscheid zu fällen: «Mit einem Nein zur Initiative passiert nicht einfach nichts!», so die FDP-Fraktionschefin. Werde die Initiative abgelehnt, käme der sorgfältig ausgearbeitete Gegenvorschlag zum Zuge, in welchem die wichtigsten Punkte der Initiative aufgenommen worden seien. Die Delegierten folgten



Neu-Nationalrat Peter Schilliger führte durch die Delegiertenversammlung der FDP Luzern und motivierte die Anwesenden schon für die Wahlen 2015.

Gabi Hubers Argumentation und lehnten die Initiative mit 149 Nein- zu 61 Ja-Stimmen ab.

### Nein zum Bundesartikel über die Familienpolitik

Die eidgenössische Abstimmungsvorlage betreffend den Bundesartikel über die Familienpolitik stellte die Präsidentin der Jungfreisinnigen Luzern, Nadine Felder, vor. Sie unter-

strich, dass die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur aus gesellschaftlicher, sondern auch aus volkswirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Sicht erstrebenswert sei. Die Parolenfassung sei entsprechend kein Entschluss darüber, ob Massnahmen ergriffen werden sollten, sondern auf welche Weise und in welchem Verantwortungsbereich die Förderung der Vereinbarkeit von Fa-

milie und Beruf liege. Die Delegierten sagten mit 186 zu 24 Stimmen deutlich Nein zum Bundesartikel und setzten damit ein Zeichen gegen Eingriffe in den Föderalismus und für die Förderung privater Investitionen.

### Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung

Weniger deutlich fiel das Votum der Delegierten bezüglich des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) aus. Im Rahmen zweier kontradiktorischer Referate votierte der FDP-Regierungsrat Robert Küng für und der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes Hans-Ulrich Bigler gegen die Vorlage. Für Robert Küng stand fest, dass mit dem RPG ein griffiges Instrument geschaffen worden sei, welches einen haushälterischen Umgang mit dem Boden vorsehe, um die Zersiedelung zu stoppen. Dies sei gerade im Hinblick auf folgende Generationen unabdingbar. Hans-Ulrich Bigler konterte scharf, dass die Zustimmung zum RPG vor allem durch die Angst vor der Landschaftsinitiative getrieben sei. Eine zentralistische Raumplanung, die von Bern geführt werde, sei mitnichten ein zukunftsweisendes Instrument und könne den Bedürfnissen der einzelnen Regionen nicht Rechnung tragen. Es gelte nun, reinen Tisch zu machen und sowohl das RPG, wie auch die im Falle einer Ablehnung des RPG zur Abstimmung kommende Landschaftsinitiative abzulehnen, um einen neuen Vorschlag auszuarbeiten. Hans-Ulrich Biglers Ausführungen wurden von den Delegierten zwar honoriert, sie verabschiedeten aber mit 103 Ja- zu 96 Nein-Stimmen die Ja-Parole.

Ja zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

## Eine Investition, die sich lohnt

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die gesellschaftspolitische Herausforderung unserer Zeit und gehört daher als wichtiges Bekenntnis in unsere Bundesverfassung. Aber auch aus volkswirtschaftlicher Sicht braucht es Anstrengungen: Wer arbeiten will, soll auch arbeiten können. Die Verantwortung bleibt dabei bei den Kantonen, womit die Subsidiarität gewahrt wird. Der Verfassungsartikel ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der Männer und Frauen gemeinsam Verantwortung für Familie und Beruf übernehmen. Die Volkswirtschaft wird davon profitieren.

**Carmen Walker-Späh, Präsidentin  
FDP.Die Liberalen Frauen**

Für junge Familien ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch im Jahr 2013 immer noch eine grosse Herausforderung. Tagesschulen gehören nicht zum Alltag an den Schweizer Schulen, es gibt zu wenig bezahlbare KITA-Plätze, und unser Steuersystem bestraft Eltern, die beide erwerbstätig sind. Die FDP Frauen fordern: «Arbeit muss sich lohnen!» Umso bedenklicher ist es, wenn wir sehen, dass gerade bei mittelständischen Familien das zweite Einkommen durch höhere Steuern und Betreuungskosten gleich wieder weggefressen wird. Der Mittelstand verarmt in der Schweiz immer mehr – etwas läuft hier definitiv in der schweizerischen Familienpolitik falsch! Darum braucht es jetzt klare Rahmenbe-



«Arbeit muss sich lohnen, daher müssen wir die richtigen Weichen stellen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf», Carmen Walker Späh, Präsidentin der FDP Frauen.

dingungen und ein mutiges Bekenntnis in der Bundesverfassung, damit diejenigen Eltern, die arbeiten möchten, auch arbeiten können. Die Umsetzung liegt weiterhin in der Verantwortung der Gemeinden und Kantone.

### Kosten

Die Gegner argumentieren mit horrenden Kosten und schüren die Angst vor Staatskindern. Das ist populistische Angstmacherei. Es wird niemand gezwungen, seine Kinder fremdbetreuen zu lassen. Wir schaffen jedoch die Voraussetzung, dass Familien ihr Lebensmodell frei wählen können und nicht – wie bisher meistens Frauen – auf ihre Karriere verzichten müssen, und diese trotz guter und teurer Ausbildung durch den Staat. Als dreifache Mutter und selbstständige Anwältin weiss ich, wovon ich rede.

Und lassen Sie mich klarstellen, dass jedes Gesetz zur besseren Vereinbarkeit noch durch den ordentlichen demokratischen gesetzgeberischen Weg muss. Und da sind wir bürgerlichen Parteien in den Kantonen gefordert, liberale, unbürokratische und wirtschaftsfreundliche Lösungen vorzuschlagen und durchzubringen.

Der Kanton Waadt ist ein gutes Beispiel, wie Kanton, Gemeinden und Wirtschaft gemeinsam Lösungen finden können. Auch im Kanton Zürich hat das Zürcher Stimmvolk mit massgeblicher Unterstützung der FDP.Die Liberalen am 13. Juni 2010 deutlich Ja zur Grundlage für die Schaffung von Angeboten zur familienergänzenden Kinderbetreuung auch für Vorschulkinder im ganzen Kanton gesagt, und dies notabene, ohne die Gemeinden zu stark einzuschränken. Es gibt sie also sehr wohl, die liberale Lösung, auch in der Kostenfrage.

### Jeder Franken zahlt sich aus

Jeder investierte Franken in KITAs und Tagesschulen ist ein gut investierter Franken in unsere Gesellschaft und zahlt sich durch höhere Kaufkraft, höhere Steuereinnahmen und mehr Sozialversicherungsabgaben wirtschaftlich aus. Die Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen entspricht auch dem von den Delegierten der FDP.Die Liberalen im Juni 2012 verabschiedeten Positionspapier.

Wenn sich die Freisinnigen und Liberalen weiter glaubwürdig in diesem Thema engagieren wollen, dann sagen sie klar JA zum Verfassungsartikel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich zähle auf Sie!



Ein wichtiger Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der Männer und Frauen gemeinsam Verantwortung für Familie und Beruf übernehmen.



Nein zur Minder-Initiative

# Abzocker-Initiative: Ein Klotz am Bein der Schweizer Jugend

Am 3. März 2012 stimmt das Schweizer Volk über die Abzocker-Initiative von Thomas Minder ab. Eine höchst emotionale und zukunftsweisende Abstimmung steht uns bevor. Zeit, um die Initiative und den Gegenvorschlag etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

**Marcel Schuler, Vorstand  
Jungfreisinnige Schweiz**

Grundsätzlich ist die Abzocker-Initiative nichts anderes als eine Änderung des Aktionärsrechts auf Verfassungsebene. Die Initiative enthält 24 starre Vorschriften, welche das Schweizer Gesetz zum schärfsten Aktienrecht der Welt verwandelt. Die Unterschiede sind fein, aber von grosser Wichtigkeit, da zum Beispiel «abstimmen zu müssen» und «abstimmen zu können» andere Folgen haben kann. Eine stärkere Regulierung im Aktienrecht tangiert in erster Linie Arbeitsplätze in grossen börsenkotierten Unternehmen und ihre Aktionäre, hat aber auch viele andere Folgen. Wer damit Boni und hohe Löhne verhindern will, wird bitter enttäuscht. Zu glauben, dass eine schärfere Regulierung in diesem Bereich die Probleme löst und in keinem anderen Bereich Probleme schafft, ist fahrlässig.

## Junge sind stark betroffen

Neben den Grossunternehmen, den Aktionären, den KMU, den Pensionskassen und der gesamten Wirtschaft ist auch die Jugend betroffen. Durch die starren Vorgaben der Initiative schädigt die Initiative die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz, so dass sich internationale Unternehmen für andere Länder entscheiden und sich nicht in der Schweiz niederlassen. Dies bedeutet, dass Arbeitsplätze in anderen Ländern geschaffen werden und in der Schweiz durch Abwanderung verloren gehen. Im Hinblick auf die Zukunft der Jugend und im Konkurrenzkampf mit Arbeitssuchenden aus dem Ausland wäre die Annahme der Initiative besonders fatal. Die Jugend muss sich darauf verlassen kön-



Marcel Schuler

nen, eine Lehrstelle finden zu können, um nicht in einigen Jahren wie in Griechenland oder Spanien ohne Perspektive dazustehen.

## Jungparteien gegen die Minder-Initiative

Aus diesem Grund sagen auch die Jungparteien der FDP, CVP, SVP, BDP und GLP Nein zur Minder-Initiative. Die Jungparteien bilden gemeinsam ein Komitee und werden mit Strassenaktionen auf sich aufmerksam machen. Eine kleine Kampagne mit Flyern und Plakaten wurde erarbeitet und wird die Seite der Jungen besonders betonen. Die Jungparteien sind sich bewusst: Die Abzocker-Initiative schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz und zerstört indirekt die Zukunft der Jugend.

## Der Jugend eine Perspektive geben

Wer also seine persönlichen Berufschancen und die Perspektiven seiner Kinder nicht gefährden will, der muss heute Grösse und Weitblick beweisen und seinen Blick über Populismus und

schön verpackte Forderungen richten. Wer heute Abzockerei effizient bekämpfen will, der muss am 3. März ein

Nein in die Urne legen. Nehmen Sie der Jugend nicht ihre Perspektive, stimmen Sie Nein.



Die Schweizer Jugend will im internationalen Vergleich keinen Rückstand erleiden – darum NEIN zur Minder-Initiative.

### Raphael Rutschi

Raphael Rutschi, Mitglied GGR Ostermundigen. Zurzeit noch Leiter Direktionsfinanzdienst einer Direktion der Stadt Bern. Am 1. Februar 2013 wage ich den Schritt in die Welt des Treuhands, werde bei der Huwiler Treuhand AG in Ostermundigen u. a. den Immobilienbereich eines namhaften Vorsorgefonds betreuen. Zurzeit Abschluss zum eidg. Finanzfachmann, danach Weiterbildung zum eidg. dipl. Treuhandexperten.

*Was hat Sie dazu bewegt sich politisch zu engagieren?*

Seit jeher faszinieren mich angesehene, redegewandte Politikerinnen und Politiker, wie sie mit Worten fechten, geschickte Verträge aushandeln und schlaue Strategien entwickeln. Je mehr ich mich mit der Wirtschaft beschäftigte, je mehr entdeckte ich die in meinen Augen zielführende und schützenswerte Wirtschaftspolitik der FDP. Für mich Grund genug, der Partei beizutreten und das Universum der Politik näher zu erforschen.

*Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?*

Dass wir in der Schweiz vom Staat das Fundament gelegt erhalten, sich beruflich, schulisch und in der Freizeit in eine unglaubliche Vielzahl von Richtungen entfalten zu können.

*Wer ist Ihr politisches Vorbild und warum?*

Aus der aktuellen Zeit wird es wohl unser Präsident Philipp Müller sein. Messerscharf und sehr präzise in den einzelnen Dossiers, wortgewandt, stets sachlich und dennoch menschlich.

*Was erhoffen Sie sich vom Mentoring-Programm?*

Einen Blick hinter die Kulissen hoher Politikpersonen zu werfen sowie, in meinem Falle, einer führenden und beeindruckend vernetzten Persönlichkeit aus der Wirtschaftswelt über die Schultern zu blicken/schauen. Zudem persönliche Ziele zu definieren und auf dem Weg dorthin auf die wirklich wertvollen und sehr inspirierenden Erfahrungen und Ratschläge ebendieser Mentoren zurückgreifen zu dürfen.

*Welches ist aus Ihrer Sicht die grösste politische Herausforderung der Schweiz?*

Auf dem internationalen Parkett einen Konsens in den steuerlichen Bereichen



zu erlangen, ohne dabei unsere Standortattraktivität und unsere starke Position in der Finanzbranche zu verlieren.

*Was macht eine gute Politikerin, einen guten Politiker aus?*

Verständnis der Anliegen unserer Bevölkerung, Scharfsinn, vertiefte Kenntnisse in seinen politischen Gebieten und das nötige rhetorische Geschick, um all dies in den Gremien konstruktiv einbringen zu können.

*Was ist für Sie typisch FDP?*

Sachlich, fair, durchdacht, und vor allem: auf das Wohlergehen der Bevölkerung und der Wirtschaft ausgerichtet.

### Tobias Bannwart

Parteipräsident Region Toggenburg, Regionalvertreter Vorstand Jungfreisinnige St. Gallen, Vorstandsmitglied FDP Toggenburg, gelernter Polymechaniker EFZ, zurzeit Student an der HTW Chur, ledig, keine Kinder.

*Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?*

Zur Politik bin ich durch meine Eltern gekommen. Durch Diskussionen zuhause wurde mir schnell klar, dass ich der *FDP.Die Liberalen* respektive Jungfreisinnigen beitrete, da meine Eltern bereits politisch aktiv waren. Ich wollte mitbestimmen, wie es in Zukunft mit der Schweiz weitergehen soll. Nun kann ich meine Ideen perfekt einbringen. Indem ich auch an der Gründung der Jungfreisinnigen Toggenburg mitgearbeitet habe.

*Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?*

Die Kultur in der Schweiz sowie auch die funktionierende Demokratie. Was für mich jedoch auch im Vordergrund steht ist, dass auch die Regionen im Vordergrund stehen.

*Wer ist Ihr politisches Vorbild und warum?*

Eines meiner politischen Vorbilder ist sicher Fulvio Pelli. Ich schätze sehr, dass er auch stets bei einer harten Diskussion immer seine Ruhe bewahrt und sachlich bleibt.

*Was erhoffen Sie sich vom Mentoring-Programm?*

Ich erhoffe mir vom Mentoring Programm, dass ich Einblicke in die Kantonale Politik bekomme sowie natürlich auch in die Nationale. Zudem möchte ich meinen Bekanntenkreis erweitern und freue mich auf spannende Diskussionen mit gestandenen Politiker. Sowie einen Einblick in die sehr wichtige Wirtschaft unseres Landes.

*Welches ist aus Ihrer Sicht die grösste politische Herausforderung der Schweiz?*

In der momentanen Zeit sicherlich die schwächelnde Wirtschaft sowie der Finanzplatz Schweiz. Was für mich auch dazu gehört ist, das Sozialwesen zu verbessern.



*Was macht eine gute Politikerin, einen guten Politiker aus?*

Für mich ist ein guter Politiker ein Mensch, der auch in schwierigen Situationen ruhig und stets sachlich bleiben kann. Auch die Kollegialität zu wahren, was bei gewissen Themen/Personen manchmal schwierig ist.

*Was ist für Sie typisch FDP?*

Typisch FDP ist für mich eine liberale und funktionierende Wirtschaft zu ermöglichen. Sowie an die Selbstbestimmung und Verantwortung des Individuums zu appellieren.

## Benjamin Mühlemann

Landrat im Kanton Glarus, Vize-Präsident *FDP.Die Liberalen des Kantons Glarus*, Präsident *FDP.Die Liberalen Glarus Nord*, Leiter Kommunikation, Verheiratet, eine Tochter

*Was hat Sie dazu bewegt sich politisch zu engagieren?*

In erster Linie will ich mich für die Gesellschaft engagieren und das Zusammenleben in meiner Heimat mitgestalten. Werte wie Freiheit und Eigenverantwortung stehen bei mir ganz zuoberst, deshalb bin ich als 18-Jähriger der FDP beigetreten und habe mich vor gut drei Jahren für ein politisches Amt zur Verfügung gestellt. Das Engagement lohnt sich: Mir gefällt die Arbeit in Partei und Fraktion – gemeinsam Ziele formulieren, Argumente zusammentragen, Mitstreiter überzeugen, Erfolge feiern oder Niederlagen diskutieren. Mir gefällt auch die Arbeit im Glarner Parlament – vom Erarbeiten pragmatischer Lösungen über die Parteigrenzen hinweg bis zu den Debatten im Rat.

*Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?*

Generell Land und Leute! Die Schweiz ist allein landschaftlich das Mass aller Dinge. Mit soviel schönen Fleckchen Erde, dass es sich kaum lohnt, anderswo Ferien zu machen. Auch die Tugenden der Schweizer wie Bescheidenheit und Ehrlichkeit oder Fleiss und Zuverlässigkeit machen unser Land aus. Das gilt es zu bewahren, damit wir hier weiterhin in Friede und Freiheit leben können!

*Wer ist Ihr politisches Vorbild und warum?*

Ein Vorbild habe ich nicht. Mich beeindruckt Politiker – egal welcher Couleur –, bei denen man Herzblut spürt. Politiker, die ihre Gegner ernst nehmen, kreativ sind und den Konsens suchen.

*Was erhoffen Sie sich vom Mentoring-Programm?*

Im politischen Tagesgeschäft bleibt oft nur wenig Zeit, um sich grundlegend über Mechanismen und Abläufe der Politik zu unterhalten. Das Men-



toring-Programm wird mir helfen, politische Zusammenhänge und Strukturen besser zu verstehen bzw. mein politisches Verständnis zu schärfen. Von wem kann man besser lernen als von Leuten, die sich bereits erfolgreich auf dem politischen Parkett bewegen.

*Welches ist aus Ihrer Sicht die grösste politische Herausforderung der Schweiz?*

Ganz klar die Migration. Das Zusammenleben in der Schweiz wird dadurch massiv auf die Probe gestellt. Stichworte: Lebensraum, Sicherheit, Sozialwerke ...

*Was macht eine gute Politikerin, einen guten Politiker aus?*

Mit den Leuten, für die Leute, bei den Leuten – das sollte meines Erachtens die Richtschnur für einen Politiker sein. Nur wer weiss, was das Volk bewegt, kann gute Politik machen. Offenheit, Ehrlichkeit und eine konstruktive Grundhaltung sind das A und O.

*Was ist für Sie typisch FDP?*

Engagement für Freiheit und Eigenverantwortung.

## Carol Baltermia

Präsident Jungfreisinnige Basel-Stadt, Jurist, ledig

*Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?*

Am Ende war es ein Mix, der mich bestärkte mich bei den Jungfreisinnigen einzubringen. Auf der einen Seite störten mich die langatmigen Polit-Prozesse, welche oftmals kreative Ideen ausbremsten. Auf der anderen Seite motivierte es mich zu sehen, dass auch bereits junge Menschen im kleinen Kreis schon viel bewegen können.

*Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?*

Unser föderalistisch-demokratisches System und die entsprechend breiten Mitbestimmungsmöglichkeiten.

*Wer ist Ihr politisches Vorbild und warum?*

Mein Vorbild ist nicht an eine bestimmte Person gebunden. Vorbilder sind für mich diejenigen, welche gemeinsam etwas für das Gemeinwohl bewegen wollen.

*Was erhoffen Sie sich vom Mentoring-Programm?*

Durch das Mentoring-Programm bieten sich optimale Möglichkeiten von erfahrenen Persönlichkeiten wertvolle Tipps und Unterstützung zu erhalten. Solche Erfahrungen können nur von Vorteil sein.

*Welches ist aus Ihrer Sicht die grösste politische Herausforderung der Schweiz?*

Die stetig zunehmenden Regulierungen, Verbote und Gesetze ziehen sich wie eine feine Schnur durch das Leben von Hans und Frieda Muster. Langsam muss aufgepasst werden, dass aus diesem feinen Netz der Überfürsorglichkeit und des «Zwangs zum Guten», nicht plötzlich ein hartes Netz der Freiheitseinengung wird und darunter ein blühender Verbots- und Regulierungswald hervorsteht. Ob dies jedoch die grösste politische Herausfor-



derung ist, muss jede und jeder für sich entscheiden.

*Was macht eine gute Politikerin, einen guten Politiker aus?*

Indem Frau/Mann unbeirrt für ihre/seine Überzeugungen einsteht.

*Was ist für Sie typisch FDP?*

Konsequent liberale Politik.



Organspende

# Verhängnisvoller Status quo

Sich mit dem Thema Organspende zu befassen, fällt vielen nicht leicht. Mit der Folge, dass die Schweiz im internationalen Vergleich der verfügbaren Organe einen beträchtlichen Rückstand zu anderen Ländern wie Österreich oder Finnland aufweist. Mit einem Systemwechsel könnte dies behoben werden – damit auch in der Schweiz genügend Organe zur Transplantation zur Verfügung stehen.

Laurent Favre, Nationalrat, NE



«Eine Organspende kann für jeden von uns nötig werden, daher sollten wir auch alle Bürgerinnen und Bürger als Spender betrachten können», Nationalrat Laurent Favre.

Die laufende Revision des Gesetzes über die Transplantation von Organen beinhaltet keinerlei Massnahmen, welche auf die Förderung von Organspenden hinzielt. Die Zahlen sind jedoch alarmierend: Ende 2012 warteten über 1100 Personen auf eine Spende. Fast 100 Personen sterben jährlich in der Schweiz aufgrund mangelnder Organspender. Gemäss einer von Swisstransplant in Auftrag gegebenen Studie ist die Verweigerungsrate von Organspenden Verstorbener in der Schweiz steigend: Im Durchschnitt sind es 50 Prozent gegenüber 30 Prozent im europäischen Vergleich.

## Systemwechsel nötig

Angesichts dieser gravierenden Entwicklung ist ein Systemwechsel nötig. Es geht darum, die derzeitige Praxis der erweiterten Zustimmungslösung zum Widerspruchmodell zu ändern. Dieser Vorschlag findet sich in einer bereits unterzeichneten und im ver-

gangenen September im Nationalrat eingereichten Motion. Der Bundesrat hat darauf noch nicht geantwortet.

## Nachdenken dank Widerspruchslösung

In der Schweiz müssen alle ganz klar frei entscheiden können, ob sie dazu bereit sind, ein Organ zu spenden oder nicht – und dieser Entscheid muss respektiert werden. Leider stellen sich heute viele von uns weder die Frage, noch wird der Wille geäussert. Diese Situation muss sich ändern. Die Gesetzesanpassung zur Widerspruchslösung zwingt die Bürgerinnen und Bürger dazu, sich mit dieser Frage zu befassen, und überlässt ihnen die Ent-

scheidung, ob sie sich als potenzielle Organspenderin oder als potenzieller Organspender zur Verfügung stellen möchten.

Jede Person ab dem 18. Altersjahr (zugewanderte Personen nach der Einreise) müsste innert angemessener Frist freien Willens entscheiden, ob sie sich als potenzielle Organspenderin zur Verfügung stellen möchte. Mit diesen Informationen würde eine Datenbank zur Datenverwaltung im medizinischen Bereich geschaffen. Äussert sich die potenzielle Spenderin oder der potenzielle Spender nicht, so wird von ihrer oder seiner Zustimmung ausgegangen. Jede Person kann ihren Status jederzeit wieder ändern.

## Schweiz liegt im internationalen Vergleich hinten

Länder wie Finnland, Italien, Norwegen oder Österreich kennen die Widerspruchslösung bereits. In diesen Staaten werden Personen, die eine Organentnahme ablehnen, in einem Zentralregister erfasst.

Daher ist die Zahl der Organspenden in Österreich im internationalen Vergleich hoch.

Schlussendlich sollten wir daran denken, dass in der Schweiz jede Person als mögliche Organempfängerin betrachtet wird – es wäre daher nur logisch, wenn auch jede Person als potenzielle Organspenderin angesehen würde.



Aktuell stehen in der Schweiz nicht genügend Organe zur Verfügung, auch weil sich zu wenige mit der Frage einer Organspende beschäftigen. Ein Systemwechsel zur Widerspruchslösung könnte dies ändern.



## Generationensolidarität

# AHV: Mit optimalen Rahmenbedingungen den freiwilligen Verbleib im Arbeitsleben fördern

Die OECD schätzt, dass die durchschnittliche Lebenserwartung in den Industrienationen in den kommenden 50 Jahren um schätzungsweise sieben Jahre steigen wird. Dieser Trend trifft die AHV in ihrem Kern: Es finanzieren immer weniger Erwerbstätige immer mehr Menschen im Rentenalter. Das oberste Ziel der *FDP.Die Liberalen* ist darum die nachhaltige Finanzierung dieser Sozialwerke. Eine Gesamtschau der Altersvorsorge verlangt nach neuen und innovativen Ansätzen, um die Zukunft der Sozialversicherungen zu sichern: zum Beispiel den freiwilligen längeren Verbleib im Erwerbsleben fördern.

## Dr. Martin Büechi, Berater Gesundheits- und Sozialpolitik

Diese Massnahme kann nicht nur auf Gesetzesebene geregelt werden, sie verlangt vielmehr ein aktives Umdenken seitens der Gesellschaft und vor allem auch der Arbeitsgeber. Ein demografisches «Mitdenken» könnte so zu einem entscheidenden Standortvorteil für den Wirtschaftsstandort Schweiz werden.

Die Schweiz steht im internationalen Vergleich betreffend gesetzlichem und tatsächlichem Pensionsalter weltweit an der Spitze: Über ein Drittel der Erwerbstätigen arbeitet nach der Pensionierung meist in Teilzeit weiter. Dieser positive Trend muss gefördert werden. Das ordentliche Rentenalter soll durch ein flexibles Rentenalter abgelöst werden, und parallel dazu müssen Fehlanreize für Frühpensionierungen abgebaut werden. Aufgrund der im Vergleich zum Ausland günstigen Arbeitsmarktsituation könnte sich die Schweiz diesbezüglich mit der Förderung einer gut durchdachten Arbeitsmarktpolitik für ältere Arbeitnehmende – und speziell für Frauen – nachhaltig einen Wettbewerbsvorteil schaffen. Ziel ist eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft mit einer gleichzeitigen Schwächung des Migrationsdrucks.

## Überholtes Image

Erwerbstätige über 55 stellen für Wirtschaft und Gesellschaft ein grosses Potenzial an Ressourcen dar. Aufgrund der Alterung und des Rückgangs dieses Potenzials wird es immer



Martin Büechi, Berater Gesundheits- und Sozialpolitik der FDP.

wichtiger, diese Ressourcen besser zu nutzen. Viele Unternehmen sind aber schlecht auf diese neuen Herausforderungen vorbereitet: Ihre Personalpolitik ist überholt und oft zu wenig flexibel, um zu reagieren. Ältere Erwerbstätige werden adäquat durch das sogenannte «Defizitmodell des Alters» wahrgenommen, obwohl dieses schon längst wissenschaftlich widerlegt wurde: Leistungsunterschiede zwischen den Mitgliedern von Altersgruppen sind weitaus grösser als jene zwischen den verschiedenen Altersgruppen.

## Unternehmen in der Pflicht

Um das bestehende hohe Durchschnittsrentenalter aufrechtzuerhalten, müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Bei den Männern muss die bestehende hohe Quote konsolidiert und der heutige positive Trend bei den Frauen, länger im Erwerbsleben zu verbleiben, z. B. mit anerkannten und dauerhaften Kar-

rieren, gefördert werden. Die Unternehmen müssen sich vermehrt damit auseinandersetzen und ein massgeschneidertes eigenes Arbeitszeitarrangement für ihre älteren Mitarbeitenden aufbauen. Damit kann ein grosser Wissensabfluss und -verlust verhindert werden und auch Krankheitskosten können gespart werden, denn Letztere werden ohne eine Anpassung der Arbeitszeit an die Situation der älteren Beschäftigten mit zunehmendem Alter wahrscheinlicher. Was kann konkret getan werden?

## Konkrete Forderungen

Arbeitgeber sollten die Praxis mit Bezug auf die über 55-Jährigen überdenken, z. B. durch:

- › Bekämpfung von Negativklischees als Teil einer altersorientierten Personalpolitik

- › Umstrukturierungen altersgerechter durchführen und daraus entstehende Rollenkonflikte und Ängste thematisieren und proaktiv angehen

- › Reduktion der negativen Konsequenzen des Senioritätsprinzips (Entkopplung des Lohns vom Lebens- und Dienstalter)

- › kontinuierliche Anpassung der Qualifikationen älterer Erwerbstätigen auf den neusten Stand und Förderung der Beschäftigungsfähigkeit durch qualitative Steigerung der Arbeitsbedingungen

- › eine moderne Familienpolitik ermöglicht den Frauen einen rascheren Wiedereinstieg ins Erwerbsleben.

Bei der Umsetzung solcher Massnahmen muss aber die Flexibilität des Arbeitsmarktes durch geringe Regulierungsdichte garantiert bleiben.



Voller Tatendrang und Energie: Um das Potenzial der älteren Generation voll auszunutzen, braucht es einen flexiblen Arbeitsmarkt.

Frank Schäffler, Bundestagsabgeordneter der FDP Deutschland

## Die Schweiz ist sehr beliebt

Normalerweise sitzt Frank Schäffler für die deutsche FDP im Bundestag. Doch Ende Januar duellierte er sich in Zürich zum Thema «EU, Marktwirtschaft und das Primat der Politik». Der Schweizer Freisinn sprach mit dem deutschen Politiker über die Unterschiede zwischen der Schweiz und Deutschland und seine Mitgliederbefragung in der FDP Deutschland zum Euro-Rettungsschirm.

*Herr Schäffler, am 28. Januar traten Sie in Zürich an einem Streitgespräch zum Thema «EU, Marktwirtschaft und das Primat der Politik» an. Was ist Ihr persönliches Fazit dieser Veranstaltung?*

Die Schweiz ist weniger stark sozialdemokratisiert als Deutschland. Die Marktwirtschaft und Eigentum zählen hier noch was. Das Streitgespräch verlief sehr zivil. Das gefällt mir.

*Wie kommt ein deutscher Bundestagsabgeordneter dazu, in der Schweiz ein Streitgespräch zu führen?*

Seit einiger Zeit schreibe ich immer wieder einmal für den «Schweizer Monat». Der Herausgeber René Scheu hat das Magazin zu einem der herausragenden Medien des klassischen Liberalismus im deutschsprachigen Raum modern weiterentwickelt. Neulich habe ich im Schweizer Monat etwas über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Sozialisten und Liberalen bei Lösung der Staats- und Bankschuldenkrise geschrieben. Dr. Scheu sprach mich an, ob ich darüber mit dem jungen Sozialdemokraten Cedric Wermuth diskutieren wolle. Diesen Gedanken fand ich spannend.

*Erkennen Sie Unterschiede in der Diskussionskultur an solchen Veranstaltungen zwischen Deutschland und der Schweiz?*

Ja, in der Schweiz kann man selbst mit Sozialdemokraten über individuelle Freiheit, Marktwirtschaft und das Recht diskutieren. Das wäre in Deutschland so undenkbar.

*Gibt es als deutscher Politiker etwas, worum Sie Ihre Schweizer Kollegen beneiden?*

Ja, in der Schweiz nehmen sich Parlament und Regierung nicht so wichtig.



Der deutsche Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler diskutierte in Zürich über individuelle Freiheit, Marktwirtschaft und das Recht und faszinierte die Zuhörer.

BILD WWW.FRANK-SCHAEFFLER.DE/STUDIO KOHLMEIER

Das liegt vielleicht am Milizparlament und an der direkten Demokratie. Der Schweizer Nationalrat repräsentiert viel stärker als der Bundestag die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Bei uns finden sich kaum noch Unternehmer, die die Ochsentour durch die Parteien machen wollen.

*2011 erhielten Sie von den Jungfreisinnigen Zürich den Liberal Award, nun traten Sie in Zürich an einer Veranstaltung auf. Fühlen Sie sich der Stadt Zürich besonders verbunden?*

Zürich ist eine wunderschöne Stadt, deren Wohlstand man an jeder Ecke

merkt. Sie hat stolze Bürger, denen man diese Verbundenheit mit ihrer Stadt ansieht.

*Im Jahr 2011 versuchten Sie in der FDP Deutschland, eine Mitgliederbefragung zum Thema EU-Rettungsschirm durchzusetzen. Dies scheiterte jedoch. Was wollten Sie mit der Einführung der Mitgliederbefragung bezwecken?*

Mein Ziel war es, die Zustimmung der FDP zum Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM zu verhindern. Am Ende fehlten 2000 Stimmen, das war knapp. Ich bin überzeugt, wenn der Schuldensozialismus in Europa sich nicht dauerhaft einnisten soll, dann müssen überschuldete Banken und Staaten auch insolvent gehen. Die Schweiz hat dies mit der Gemeinde Leukerbad vorgemacht.

*Was waren Ihrer Meinung nach die Gründe, weshalb die Mitgliederbefragung scheiterte?*

Wir standen gegen den Bundesvorstand, unsere Regierungsmitglieder und die Bundestagsfraktion. Unsere Mitglieder an der Basis haben am Ende mehrheitlich auf die Parteiführung Rücksicht genommen. Niemandem von uns ist eine Entscheidung leicht gefallen. Der Mitgliederentscheid war daher respektabel für alle Beteiligten. Am Ende bleibt, dass wir der Basis zur Stimme verholten haben. Daher steht der Mitgliederentscheid für den Erfolg der innerparteilichen Graswurzelbewegung für mehr direkte Demokratie in der FDP. Die FDP ändert gerade ihre Satzung, um noch bürger- und basisnäher zu werden. Das ist schön!

*Den Euro-Rettungsschirm, welche schlussendlich angenommen wurde,*



lehnten Sie in der Bundestagsabstimmung ab. Warum?

Eine Schuldenkrise kann nicht mit

tutionelle Regeln, mit denen wir sie kanalisieren, anstatt sie zu verleugnen. Es muss Austritts- und Aus-

ten enormen Zuspruch haben. Das meine ich, wenn ich von meiner Angst um unsere liberale Demokratie spreche.

*Das Verhältnis zwischen der Schweiz und Deutschland wurde in den letzten Monaten verschiedentlich belastet. Wie erleben Sie die Stimmung in*

*Wie stellen Sie sich persönlich zu den Käufen von Daten-CDs durch deutsche Regierungsmitglieder?*

Ich halte dies für völlig indiskutabel im Umgang mit einem Nachbarland. Das ist Beihilfe zur Hehlerei. Ich schäme mich für den Jargon und die benutzte Rhetorik, spätestens beginnend

**«Die Schweizer dürfen sich gern häufiger daran erinnern, dass sie als freiheitlicher Fixstern ein Vorbild für Deutschland und in Europa sind.»**

noch mehr Schulden gelöst werden. Mit den Schuldenschirmen werden die letzten Verschuldungsreserven der wenigen besser aufgestellten Staaten der Eurozone nutzbar gemacht. Sie bewirken eine Aushöhlung der Rechtsverbindlichkeit der Europäischen Verträge, des Haftungsprinzips und der Demokratie. Doch die FDP ist die Partei der individuellen Freiheit, der Marktwirtschaft und des Rechts. Alle drei Säulen werden mit den Schuldenschirmen eingerissen.

*Hat der Euro eine Zukunft?*

Ja, aber nur als atmende Währung. Sehen Sie, im Moment schützt man die geografische Stabilität der Eurozone. Durch Zuckerbrot verhindert man Staatsbankrotte und peitscht aus Brüssel zu fiskalischen Reformen in den Mitgliedsstaaten, um Austritte aus dem Euro zu verhindern. Das bringt – im wahrsten Sinn des Wortes – fatale Anreize mit sich: Schon die politischen Hebel von Maastricht waren wirkungslos. Es gab also keinen Schuss aus Brüssel vor den Bug, um vorbeugend Staatsüberschuldungen zu verhindern. Stattdessen kam die Breitseite der Märkte in Form hoher Zinsforderungen. Sobald die politischen Druckmittel erneut versagen, weil sich keiner an die Vereinbarungen hält, wird es eine neue Breitseite auf die Staaten geben. Jedesmal wird die Frage nach dem geografischen Zusammenhalt der Eurozone erneut gestellt. Irgendwann werden die Euromantiker sie nicht mehr beantworten können. Die Fliehkräfte sind stark.

**«In der Schweiz nehmen sich Parlament und Regierung nicht so wichtig.»**

Als Eurorealist begrüße ich dagegen die Anreize des Marktes und seine Fliehkräfte. Wir brauchen insti-

schlussmöglichkeiten aus dem Euro geben. Wer sich dauerhaft nicht an die Regeln hält, muss als ultima ratio den Club verlassen. Ansonsten werden vertiefte Vergemeinschaftung der Schulden und Bekämpfung der Fliehkräfte mit der Druckerpresse der EZB

**«Bei uns finden sich kaum noch Unternehmer, die die Ochsentour durch die Parteien machen wollen.»**

*Ihrer Heimat gegenüber der Schweiz?*

Nicht alles, was in den Medien berich-

mit Steinbrücks Kavallerie. Das ist für einen befreundeten Nachbarstaat ein wirklich unwürdiges Verhalten.



Frank Schäffler versucht in der FDP Deutschland der Basis mehr Gehör zu verschaffen.

BILD WWW.FRANK-SCHAEFFLER.DE/STUDIO KOHLMEIER

unausweichlich. Das führt zu Inflation. Inflation bestraft am Ende die Fleissigen. Das ist eine kalte Enteignung derjenigen, die die Gesellschaft zusammenhalten. Das sind die bürgerlichen Wähler. Vor der Erosion der

tet wird, stimmt. Die Schweiz ist sehr beliebt, und der Leistungswille und die

*Wie kann das Verhältnis unserer beider Staaten verbessert werden?*

**«Die FDP ändert gerade ihre Satzung, um noch bürger- und basisnäher zu werden. Das ist schön!»**

Erfolge der Schweiz sind ein Ansporn für uns. Es hat doch einen Grund, dass so viele Deutsche in die Schweiz gehen. Wenn man seine Heimat verlässt, dann doch dahin, wo man sich gut aufgenommen und aufgehoben fühlt. Gibt es ein schöneres Kompliment?

Wir Deutsche müssen bescheidener im Umgang mit der Schweiz werden, während die Schweiz selbstbewusster auftreten darf. Die Schweizer dürfen sich gern daran erinnern, dass sie als freiheitlicher Fixstern ein Vorbild für Deutschland und in Europa sind.

Martin Schmid

## Der typische Milizpolitiker

Seit 2011 vertritt Martin Schmid den Kanton Graubünden im Ständerat. Im Porträt spricht der 43-Jährige über seine Hobbys, seine Tätigkeit im Ständerat und woher er seine Inspiration nimmt.

*Herr Schmid, Sie sind nun seit etwas mehr als einem Jahr Ständerat für den Kanton Graubünden. Vorher waren Sie Regierungsrat. Wie haben Sie sich in Bern eingelebt? Vermissten Sie die Exekutivarbeit?*

Ich fühle mich in Bern sehr wohl. Die Arbeit im Ständerat gefällt mir sehr, insbesondere die Kommissions- und Ratsarbeit. Ich gebe jedoch selbstkritisch zu, dass mir die Führungsarbeit, welche mit der Regierungstätigkeit verbunden war, manchmal fehlt. Das Ständeratsmandat bildet für mich nur einen Teilbereich meiner beruflichen Tätigkeit, da ich seit kurzem wieder als Rechtsanwalt und in verschiedenen strategischen Gremien tätig bin. Ich bin somit ein gutes Beispiel eines Milizpolitikers.

*Was gefällt Ihnen besonders an Ihrem neuen Amt des Ständerates?*

Mir gefällt insbesondere die Kommissionsarbeit in der WAK, denn in den ständerätlichen Kommissionen nehmen nur 13 Mitglieder Einsitz und da kann man sich sehr gut einbringen. Zudem interessieren mich als ehemaligen Finanzdirektor diese Themen speziell. Gleichzeitig schätze ich den guten und kollegialen Kontakt zu meinen Ratskolleginnen und -kollegen.

*In Ihrer Freizeit sind Sie viel in der Natur unterwegs. Skifahren, Langlaufen, Mountainbiken und Berg-*

Martin Schmid lebt mit seiner Familie (er hat einen dreijährigen Sohn) in Chur und arbeitet als selbstständiger Rechtsanwalt in der Kanzlei Kunz & Schmid Rechtsanwälte und Notare. Zudem ist er in einigen Verwaltungsräten, vor allem im Energiebereich, tätig und berät Einzelpersonen und Unternehmen.



Vor neuer Wirkungsstätte: Besonders die Tätigkeit in der WAK gefällt Martin Schmid an seinem neuen Job in Bern.

*touren gehören zu Ihren Hobbys. Haben Sie in Graubünden einen Geheimtipp für unsere Leserschaft?*

Leider bin ich weniger oft unterwegs als ich das möchte. Ich kann jedoch festhalten: Graubünden bietet eine enorme Fülle von tollen Tourenmöglichkeiten. Als Geheimtipp empfehle ich Ihnen meine Heimatgemeinde Splügen. Von dort aus können Sie alle diese Sportarten betreiben und zudem dem grossen Rummel entschwenden.

*Finden Sie in der Natur auch die Inspiration für die politische Arbeit?*

Ideen entstehen mit Sicherheit nicht nur im Büro. Selbst unter der Dusche oder im Freien oder bei Gesprächen entstehen neue Gedanken. Bei mir ist es jedoch so, dass ich mir eine kurze Notiz über einen neuen Gedanken machen muss, um ihn nicht zu vergessen.

*Graubünden will 2022 die Olympischen Spiele durchführen. Das Parlament wird sich in der Sommersession mit diesem Thema befassen. Was erhofft man sich in Graubünden von diesem Projekt?*

unserem Kanton ist seit Jahren unterdurchschnittlich, und jetzt greift auch schon die Zweitwohnungsinitiative. Eine internationale Kandidatur führt zu grosser Aufmerksamkeit, und zudem kann die Schweiz mit einer nachhaltigen Kandidatur internationale Massstäbe durch eine innovative und umweltverträgliche Olympiade setzen.

*Warum sollten auch die Parlamentarier anderer Kantone für Olympia in Graubünden stimmen?*

Es geht nicht nur um Graubünden, sondern darum, dass die Schweiz international präsent ist und mit der Durchführung von grossen Spielen sich weltweit mehr Sympathien schafft. Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, dass wir mehr tun müssen, um neue Freunde zu gewinnen. Zudem kämen die Spiele wieder an einen Ort zurück, wo der Wintersport seine Ursprünge hatte, und die Kosten sind im Vergleich zu den Ausgaben für auswärtige Angelegenheiten und internationale Kontakte tragbar.



Ständerat Martin Schmid will hoch hinaus und scheut sich nicht vor steilen Klippen.



## Digitalpolitik

# Rechte in der digitalen Welt

Neue Steuern im Internet, Probleme mit den Urheberrechten, Kriminalisierung von Downloads – in der digitalen Welt verändert sich derzeit einiges. Nationalrat Christian Wasserfallen nimmt Stellung zu den Herausforderungen und erklärt, wie die FDP zu deren Lösung beitragen wird.

*Herr Wasserfallen, kurz vor Weihnachten erschien auf Ihrem Facebook-Profil plötzlich die Aufforderung zu zahlen, wenn man mit Ihnen befreundet sein wollte. Ein schlechter Scherz?*

Ein Scherz, ja. Ob er schlecht ist oder schon bald der Realität entspricht, wird sich weisen. Die Forderungen nach einer neuen Internet-Flatrate-Steuer verdichten sich leider.

*Wie steht die FDP zur möglichen Einführung einer «Internet-Billag»?*

Die FDP ist klar gegen diese neue Steuer wie die Künstlerinnen und Künstler auch. Heute besteht ja nach einer Abgabe, die der Konsument z. B. pro Musikstück entrichtet, auch noch eine Leerdatenträger-Abgabe. Diese Doppelbesteuerung darf nicht noch durch eine dritte Steuer ergänzt werden.

*Die FDP fordert in ihrem Positionspapier verschiedene neue Massnahmen. Bewährt sich das bisherige Urheberrecht nicht mehr?*

Nein, das Urheberrecht wird von uns überhaupt nicht in Frage gestellt. Je mehr sich jedoch der Staat und nicht mehr der Urheber selber um sein eigenes Recht bemüht, desto mehr verlieren die Künstler eben ihr Recht. Die FDP fordert deshalb und aufgrund der doppelten Abgaben-Belastung sogar die Aufhebung der Leerdatenträger-Abgabe. Gleichzeitig ist es uns sehr wichtig, dass die Internet-Nutzer nicht generell kriminalisiert werden oder gar auf Vorrat irgendwelche Nutzerdaten von staatlicher Seite aus gespeichert werden.

*Inwiefern hat sich der Umgang mit urheberrechtlich geschützten Werken konkret verändert?*

Früher war es zugegeben einfacher, das Urheberrecht in finanzieller Hinsicht



«Das Internet bietet viele Herausforderungen – positive wie auch negative. Wir müssen uns ihnen stellen und gangbare Lösungen suchen», Nationalrat Christian Wasserfallen.

zu verwerten. Heute mit der vermehrten Internet-Nutzung waren anfänglich die Musikbranche und jetzt auch die Literatur immer stärker betroffen. Neue Geschäftsmodelle wie z. B. Amazon, Kindle und iTunes ermöglichen es aber auch, im Internet mit Kunst Geld zu verdienen. Neue Abgaben dürfen halt auch nicht zu einer Giesskannen-Subventionierung von weniger erfolgreichen Kunstschaffenden missbraucht werden. Die hat es immer gegeben und wird es immer geben.

*Ist das Internet für die Urheber von geschützten Werken nicht eher ein Fluch als ein Segen?*

Wenn man sieht, wie viele Leute wegen des Internets einen viel direkteren Zugang zu neuen Musikstücken, Filmen und e-Books erhalten haben,

dann ist es doch offensichtlich, dass die potenziellen Kundenstämme deutlich grösser sind als früher. Das muss nach einer Phase der Konsolidierung mit neuen Geschäftsmodellen finanziell doch verwertbar sein.

*Das illegale Herunterladen von Videos gehört zum regelmässigen Alltag. Mit welchen Massnahmen will die FDP dieses tägliche Verletzen des Urheberrechts verhindern?*

Attraktive und preislich richtig ange-setzte Angebote sind der Schlüssel zum Erfolg gegen illegale Downloads. Ein Beispiel: Anstatt sich strafbar zu machen und stundenlang einen geraubten Film in mickriger Qualität auf virenverseuchten Plattformen mühsam herunterzuladen, ist es doch heute wesentlich bequemer, mit der Fern-

bedienung in der Hand sich für rund 6 Franken den neusten Hollywood-Film auf einem Online-TV-Angebot direkt in die Stube zu holen. Gegen illegale Tauschplattformen wie z. B. Megaupload muss rechtlich in aller Schärfe vorgegangen werden.

*Die Bundeskanzlei machte erste Erfahrungen mit e-Voting für Auslandschweizer. Datenschutztechnisch eine gefährliche Sache. Wie steht hier die FDP dazu?*

Nein, e-Voting ist nicht gefährlich, sondern ein dringend nötiger Schritt für die Zukunft. Die Erfahrungen damit sind gut. Wenn Herr und Frau Schweizer Bankgeschäfte über das Internet abwickeln, dann ist es auch möglich, darüber auch abzustimmen und Unterschriften zu sammeln.



Süsse Versuchung und willkommene Stärkung im FDP-Look.



«Für die Schweiz gibt es da nur eine Strategie: besser und schneller sein als unsere Konkurrenten.» Philippe Müller ruft die FDP auf, mutig und mit den richtigen Entscheidungen die Zukunft zu gestalten.

### Impressionen

# Delegiertenversammlung zum Thema Infrastruktur

Am Samstag, 2. Februar 2013, trafen sich über 300 Delegierte aus der ganzen Schweiz in Zürich Oerlikon im StageOne. Neben der Beschlussfassung der Parole zur Revision des Raumplanungsgesetzes und der Landschaftsinitiative verabschiedeten die Delegierten ein Positionspapier zum Thema Infrastruktur.



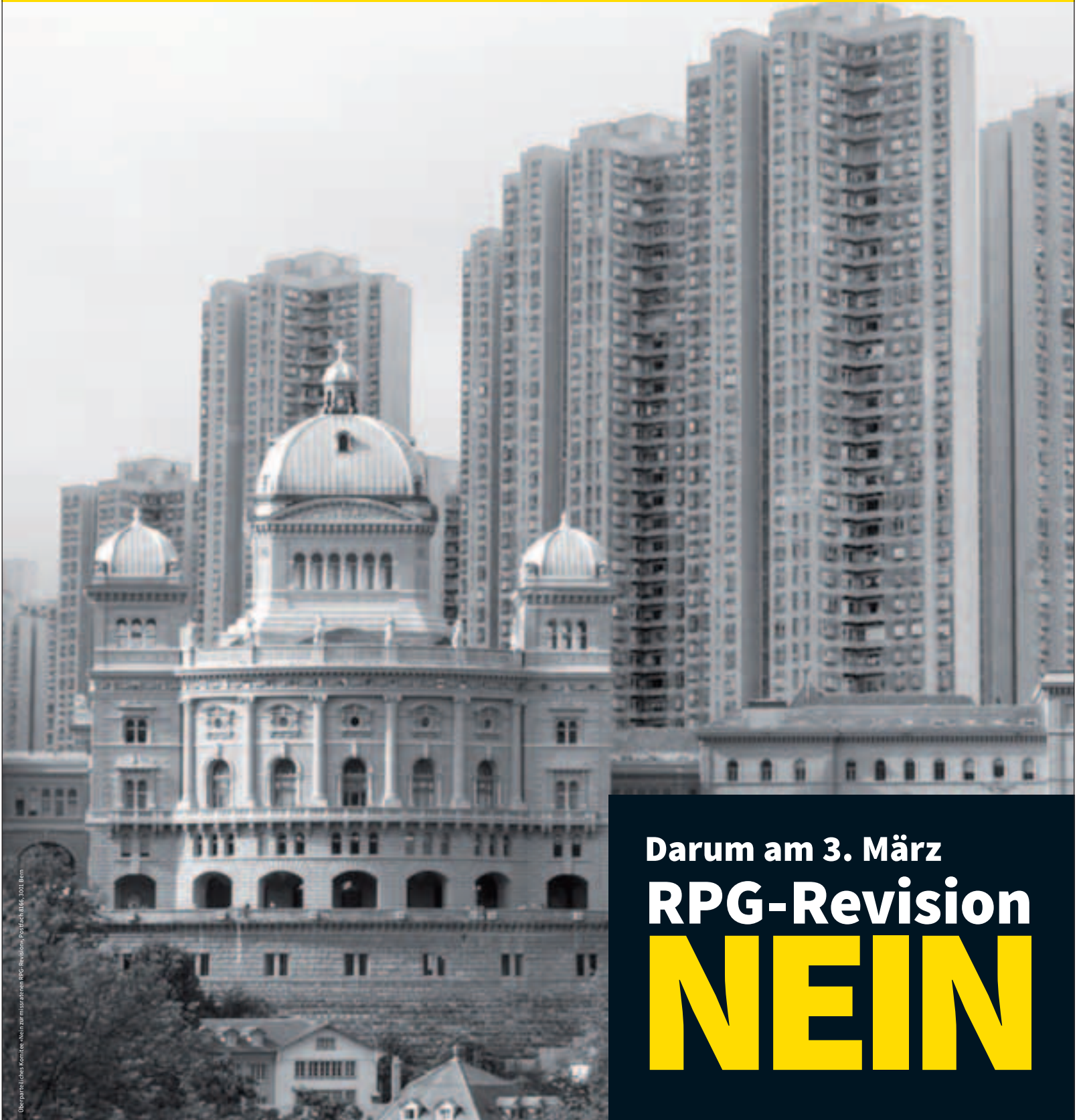
Mit klarem Verdikt (185 Nein zu 85 Ja) lehnt die FDP die Revision des Raumplanungsgesetzes ab. Die Landschaftsinitiative wurde mit 285 Nein-Stimmen noch deutlicher verworfen.



Angeregt diskutieren alt Nationalrat Werner Messmer, JF-Präsident Philippe Nantermod, Moderator und Nationalrat Filippo Leutenegger, Frauen-Präsidentin Carmen Walker Späh und Nationalrat Kurt Fluri über die Raumplanung.



# Horror-Mieten auf engstem Raum



Darum am 3. März  
**RPG-Revision**  
**NEIN**

Mobilität so gut wie eine Schweizer Uhr

# Die Infrastruktur der Zukunft für Bevölkerung und Unternehmen bauen

Infrastrukturen sind das Fundament einer blühenden Wirtschaft und einer gut funktionierenden Gesellschaft. Damit die Schweiz weiterhin von hervorragenden Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft profitieren kann, müssen unsere Infrastrukturen mit den hohen Anforderungen einer wachsenden Bevölkerung Schritt halten. Wenige Länder haben ähnlich gute Möglichkeiten, um ihre Zukunft zu gestalten. Nutzen wir das. Bauen wir die Schweiz der Zukunft. So perfekt wie eine Schweizer Uhr – aus Liebe zur Schweiz.

## Philipp Müller, Parteipräsident

Die Schweiz ist weltweit bekannt für ihre herausragende Infrastruktur. Jedes Dorf hat einen Verkehrsanschluss, Touristen richten ihre Uhren nach unseren Zügen. Unsere Infrastruktur schafft Lebensqualität und ist ein zentraler Wettbewerbsvorteil. Diese hohe Qualität wollen wir halten. Das heisst, wir müssen investieren. Die nötigen Investitionen mögen teuer sein, aber es sind langfristige Investitionen und nicht kurzfristiger Konsum.

## Grundlegenden Ausbauschritt statt Pflasterlipolitik

So brauchen wir bei der Bahn eine

Verbesserung der Schienenwege, aber auch eine Reform des bestehenden Taktfahrplans. Statt der heutigen Pflasterlipolitik fordern wir einen grundlegenden Ausbauschritt. Es gilt, die organisatorische und bauliche Entwicklung der Bahn für die nächsten 20 Jahre zu bestimmen. Beim Fahrplan braucht es die schrittweise Einführung des Viertelstundentakts auf den Intercity-Verbindungen der Ost-West-Achse und die Aufhebung der hinderlichen Bahnknotenpunkte im Fernverkehr.

Mit dem Viertelstundentakt auf der Ost-West-Verbindung, der Neudefinition des Taktfahrplans und dem Ausbau und der Beschleunigung der Ost-

West-Achse wird die Schweiz nochmals zusammenwachsen – geschaffen wird eine S-Bahn-Schweiz.

## Stau beheben statt verschieben

Die Zunahme des Verkehrs bringt auch die Strassen an ihre Grenzen. Immer mehr Personen wohnen in Agglomerationen und arbeiten in Städten, was zu explodierenden Staustunden führt. Die Staus auf den Einfallstrassen in die Städte sind des Pendlers täglich Brot.

Hier gilt es, Projekte auf lange Frist zu planen und Engpässe zu beseitigen. Heute schafft die Verkehrspolitik oft kurzfristige Vorteile für einzelne Regionen; der Stau verschiebt sich einfach einige Kilometer zum nächsten Nadelöhr.

## Finanzierung sicherstellen

Alle diese Projekte kosten viel Geld, dessen sind wir uns bewusst. Daher schlagen wir auch vor, für beide Verkehrsträger – Strasse und Schiene – je einen Fonds einzurichten. Mit dem BIF, dem Bahninfrastrukturfonds, besteht bereits ein Finanzierungsinstrument. Für die Strasse fehlt ein solches noch. Darum fordern wir auch hier eine Fondslösung, einen Strasseninfrastrukturfond SIF.

## Mit Kommunikationsinfrastruktur gegen Abwanderung aus Randregionen

Neben Schiene und Strasse ist auch eine gut funktionierende Kommunikationsinfrastruktur für ein Land wie die Schweiz von zentraler Bedeutung. Die Struktur ist heute in den Zentren



«Wir wollen die grossen Herausforderungen an die Infrastruktur mit Engagement und Mut anpacken», Parteipräsident Philipp Müller.

bereits gut ausgebaut. In ländlichen Gebieten und in den Bergregionen dagegen ist die Abdeckung sowohl beim Mobilfunk als auch im Bereich Glasfasernetze noch ungenügend. Wenn diese Infrastruktur fehlt oder sie nicht den heutigen technischen Standards genügt, so nimmt die Abwanderung in Richtung der Zentren zu. Das wollen wir verhindern! Denn: Die Arbeits- und Lebensgrundlagen sollen gerade auch in den bisher vernachlässigten ländlichen Regionen und in den Bergregionen verbessert werden.

Unser Land steht vor grossen Herausforderungen. Wir wollen diese nicht hinausschieben, sondern gemeinsam meistern! Packen wir sie an, mit grossem Engagement und Mut einen Schritt nach vorne zu machen. Ich bin überzeugt, dass wir das schaffen!



Wegweisende Entscheidungen stehen an: Die FDP setzt Zeichen bei der Infrastrukturpolitik.



## Infrastrukturpolitik

# Croix fédérale – das Bahnverkehrskreuz Schweiz

Ein beinahe poetischer Name für ein Projekt, das die Mobilität in der Schweiz verbessern soll. Im Rahmen der Infrastrukturpolitik der FDP stellt das Projekt von Nationalrat Olivier François einen wichtigen Schritt in Richtung einer S-Bahn Schweiz dar.

*Olivier François, was verstehen Sie konkret unter dem Bahnverkehrskreuz Schweiz?*

Das Konzept des Bahnverkehrskreuzes Schweiz garantiert vielseitige Mobilität für alle – sowohl auf der Nord-Süd- als auch auf der Ost-West-Achse der Schweiz. Zu diesem Zweck sind wesentliche Verbesserungen nötig, denn gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) wird bis im Jahr 2030 der Personenverkehr um 25 und der Güterverkehr um 50 Prozent steigen. Wenn wir im Hinblick auf diese Statistik nicht rechtzeitig etwas unternehmen, um unsere Infrastruktur weiterzuentwickeln, wird unser Verkehrsnetz vollständig verstopft sein. Um mehrere Engpässe zu vermeiden, ist es angebracht, zwischen unseren grossen Städten die Netzkapazität zu steigern und effiziente Bahnverbindungen zu garantieren. Mit der Schaffung von neuen gradlinigen Gleisen auf der Ost-West-Achse und einer Erhöhung der Nutzlast ist es möglich, die Reisezeit zu reduzieren und im Rahmen einer S-Bahn Schweiz zwischen den grossen Städten den Viertelstundentakt einzuführen.

*Warum lohnt es sich, in solche Anlagen zu investieren?*

Im Jahr 2013 müssen wir vor allem eine strategische Vision für die Infrastrukturen haben – sowohl für Strassen wie auch für Schienen. Vor 30 Jahren haben wir uns für die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) entschieden. Jetzt müssen wir die Mobilität für die Jahre um 2040 planen. Ohne Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur des Strassen- und Schienennetzes unsererseits werden wir nicht in der Lage sein, die wirtschaftliche und demografische Entwicklung in der Schweiz zu unterstützen.



«Vom «Croix fédérale» werden die grossen Städte ebenso profitieren wie die ländlichen Regionen», Nationalrat Olivier François, VD.

*Warum konzentrieren sich die Hauptneubauten auf der Ost-West-Achse?*

Im Anschluss an die Initiative «zum Schutze des Alpengebietes vor dem

Transitverkehr», auch unter dem Namen «Alpeninitiative» bekannt, lancierte der Bundesrat ein umfassendes Projekt zur Modernisierung des alpinen Schienennetzes mit Bevorzugung der Verlagerung des Strassenverkehrs auf die Schiene der Nord-Süd-Achse. Diese enormen Investitionen gingen jedoch zu Lasten der Entwicklung des Schienennetzes auf der Ost-West-Achse, an welches die grossen Städte gebunden sind. Mit der Fertigstellung der NEAT im Jahr 2017 wird die Nord-Süd-Achse abgeschlossen. Infolge dessen ist es angebracht, bereits jetzt schon die Entwicklung der Ost-West-Achse zu planen, welche sich hauptsächlich auf die urbanen Regionen konzentrieren soll. Denn dies ist der Korridor für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Schweiz.

*Das zentrale Element des Bahnverkehrskreuzes Schweiz ist die Verbindung zwischen den Städten.*

*Inwiefern profitieren die ländlichen Regionen davon?*

Das Bahnverkehrskreuz Schweiz plant den Bau von neuen Linien zwischen den grossen Städten. Infolgedessen ist das Regionalnetz weniger überlastet, was zu einer Verflüssigung des Systems und zu einem breiteren Angebot von Regionalzügen führt. Die ländlichen Regionen können also nur profitieren vom Bahnverkehrskreuz Schweiz!

*Mit welchem Zeithorizont rechnen Sie für die nötigen Arbeiten?*

Die politische Diskussion beginnt jetzt erst. Um ein Projekt dieser Tragweite durchzuführen, muss ein Konsens zwischen den Parlamentariern und dem Volk gefunden werden. Vor allem muss man auch über die Finanzierung des Projekts einig werden. Wenn sich der politische und der Volkswille bald durchsetzen, kann ein erster Teil des Projekts schätzungsweise bis 2040 und der Rest bis 2050 realisiert werden.



Eine S-Bahn Schweiz – das ist das Ziel des Bahnverkehrskreuzes Schweiz.

Für die Zukunft gerüstet

# Die Schweiz: «Das antifragilste Land der Welt»

Auch wenn das Klima der internationalen Politik rauer wird und der Anpassungsdruck auf die Schweiz zugenommen hat: Unser Land ist für die Zukunft gut gerüstet.

## Liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen

Die Welt ist im Umbruch. Globale Machtverschiebungen und wachsende Schuldenprobleme westlicher Staaten prägen heute die internationalen Beziehungen. Für die Wahrung nationaler Interessen wird mit zunehmend harten Bandagen gekämpft. Machtpolitik erlebt eine unrühmliche Renaissance.

Für die Schweiz stellt das aktuelle internationale Umfeld eine grosse Herausforderung dar. Seit einigen Jahren sieht sich unser Land mit Kritik aus dem Ausland konfrontiert. Rechtsstaatliche Prinzipien werden dabei allzu oft missachtet.

Die internationale Kritik an der Schweiz löst verständlicherweise Unbehagen aus. Wir sollten uns aber vor Augen führen, dass diese Kritik in erster Linie die grossen Probleme anderer Staaten widerspiegelt. In diesen Zeiten der Austerität erweist sich die Schweiz als Erfolgsmodell, was Begehrlichkeiten weckt. Wir haben in den letzten Jahren vieles richtig gemacht. Darauf dürfen wir stolz sein. Und das gilt es zu verteidigen.

Was macht das Erfolgsmodell Schweiz aus? Ein wesentlicher Faktor ist die enge Verzahnung zwischen Politik und Bevölkerung. Diese Verzahnung fusst erstens auf dem ausgeprägten Föderalismus der Schweiz. Der Staatsaufbau von unten, der Wettbewerb zwischen den Kantonen und deren Vielfalt haben zur Folge, dass sich die Politik mit den realen Problemen der Bürger befasst und lebensnahe Lösungen produziert. Zweitens ermöglicht die direkte Demokratie den Bürgerinnen und Bürgern, die Grundzüge der schweizerischen Politik wesentlich mitzugestalten, dies unter Rücksichtnahme auf die Anliegen von



«Die Schweiz muss noch antifragiler werden», Bundesrat Didier Burkhalter.

QUELLE: SCHWEIZER ARMEE

Minderheiten. Drittens sorgt das Minderheitsprinzip für politische Bodenhaftung.

Die freiheitliche Wirtschaftsordnung ist ein vierter zentraler Erfolgsfaktor. Die Präsenz zahlreicher multinationaler Firmen in der Schweiz und die Dynamik unserer KMU sind Beleg dafür, dass die Schweiz geeignete Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Unternehmertum bietet. Ohne die – wohldefinierte – Risikobereitschaft von Unternehmern lässt sich kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erzielen.

Schliesslich gehören fünftens Bildung und Forschung zu den Trümpfen der Schweiz. Sie ist für unser Land von essenzieller Bedeutung. In der Spitzenforschung spielen Schweizer Hochschulen eine gewichtige Rolle. Jüngstes Beispiel dafür ist das von der ETH Lausanne geleitete «Human Brain Project», das sich im sehr kompetitiven EU-Förderprogramm «Future and Emerging Technologies Flagship» durchzusetzen vermochte. Zur Stärke der Schweiz trägt aber auch unser duales Bildungssystem massgeblich bei, also die Kombination von

einer praktischen Ausbildung in einem Unternehmen mit Schulunterricht.

Nassim Nicholas Taleb, der Autor des berühmten Buchs «Black Swan», bezeichnet die Schweiz in seinem jüngsten Werk als das «antifragilste Land der Welt». Mit dem Konzept der «Antifragilität» bezeichnet er Dinge, die Krisen und Schocks nicht nur unversehrt überstehen, sondern durch diese sogar noch besser und stabiler werden. Wer antifragil ist, ist mehr als nur resilient oder robust, er ist auf das Unvorhergesehene – ja auf das Unvorhersehbare, auf Schwarze Schwäne – bestens vorbereitet.

Ob wir tatsächlich auch das «erfolgreichste Land der Geschichte» sind, wie Taleb hinzufügt, bleibe dahingestellt. Tatsache aber ist, dass es uns vergleichsweise gut geht. Die Schweiz gehört zu den wettbewerbsfähigsten und innovativsten Staaten der Welt. Sie hat eine der tiefsten Arbeitslosenraten weltweit und verfügt z.B. über die zweitgrössten Pensionsguthaben pro Kopf. Sie ist nicht nur ein Anker der Stabilität in Europa, sondern trägt auch aktiv zu Sicherheit, Stabilität und Frieden in ihrem Umfeld bei.

Diese Leistungen der Schweiz, erbracht von ihren Bürgerinnen und Bürgern, verdienen es, gewürdigt zu werden. Ziel des Bundesrats ist es, das Erreichte zu bewahren – und die Schweiz für die Zukunft noch besser, noch «antifragiler» zu machen. Das kann nur gelingen, wenn sich die Schweiz auch in Zeiten der Kritik nicht einfach einigelt, sondern selbstbewusst für ihre Interessen und ihr Erfolgsmodell eintritt und konstruktiv im Dialog mit ihren Partnern nach Lösungen sucht.

**Ihr Bundesrat  
Didier Burkhalter**



Revision Raumplanungsgesetz

# Gefährliche Bundeskompetenz in Raumplanung



Zersiedelung ist ein Problem, und es besteht grundsätzlich Handlungsbedarf, was jedoch nicht automatisch zu einem neuen Bundesmonopol führen soll. Das neue Raumplanungsgesetz ist eigentumsfeindlich, tritt den Rechtsstaat mit Füßen und ist so nicht umsetzbar.

Im Zentrum stehen nicht etwa die Förderung von Massnahmen zum verdichteten Bauen, sondern Zwangsbestimmungen und neue Abgaben. Darunter fällt beispielsweise die Rückzonungspflicht von überdimensioniertem Bauland, das Bauzonenmoratorium für Kantone oder die bei Umzonungen und dergleichen anfallende obligatorische Mehrwertabgabe zwischen 20 bis 60 Prozent.

Diese Zwangsbestimmungen stellen unnötige Eingriffe in die Eigentumsfreiheit dar. Eine Rückzonung kommt faktisch einer Enteignung gleich und muss entschädigt werden. Diese Entschädigung soll aus der neu-

en Mehrwertabgabe auf Umzonungen gespeist werden. Doch dies wird für die Finanzierung der anfallenden Rückzonungen nicht ausreichen. Spüren die Kantone nicht, so unterliegen sie einem Bauzonenmoratorium. Ohne die Erhöhung der Steuern werden Kantone und Gemeinden den bundesrechtlichen Zwangsbestimmungen nicht nachkommen können. Im Ergebnis kommt der Baustopp daher einem Entwicklungsstopp gleich.

## Höhere Mietpreise ohne zusätzlichen Nutzen

Weiter führt das rigide Bauzonenmoratorium zur künstlichen Landver-

knappung mit einer massiven Erhöhung der sonst schon teuren Boden-, Immobilien- und Mietpreise. Ein Bauzwang hat den negativen Effekt, dass Bauherren aus Angst, ihr Grundstück zu verlieren, unnötige Bauten erstellen und so die Umwelt unnötig belasten. Massnahmen zum verdichteten Bauen werden nur am Rande erwähnt, während die neuen Abgaben und Zwangsbestimmungen deutlich ausformuliert sind. So zeigt sich die Revision des Raumplanungsgesetzes als unausgewogen und unverhältnismässig.

## Unbegründetes Bundesmonopol

Das neue Raumplanungsgesetz ver-

langt eine artfremde Kompetenzverschiebung der Raumplanung von Gemeinden und Kantonen hin zum Bund. Dies muss gerade in einer urföderalistischen Domäne verhindert werden. Schliesslich hat die Siedlungsentwicklung in allen Kantonen und Regionen ihre eigene Dynamik – der Zersiedelung muss mit adäquaten Mitteln jeweils kantonale und lokal entgegengewirkt werden. Generalisierende Baustopps, Abgaben und Moratorien schaden der Schweiz. Die Zersiedelung kann so nicht bekämpft werden.

Bundesbeschluss über die Familienpolitik

# Ziel wird unterstützt – Beschränkung von Föderalismus und Eigeninitiative abgelehnt



Die FDP-Parteipräsidentenkonferenz (PPK) hat heute die Parole für den Bundesbeschluss über die Familienpolitik gefasst: Sie sagt Nein zur Vorlage, über die am 3. März abgestimmt wird. *FDP.Die Liberalen* teilt zwar das Ziel des Artikels – die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und engagiert sich dafür mit konkreten Forderungen. Für die FDP gehört die Familie zum Privatbereich. Der Staat hat nur dort einzugreifen, wo es zum Schutz der Familienmitglieder oder der Gemeinschaft nötig ist.

Die FDP fordert die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung schon seit Jahren. So unterstützte sie die bis 2015 befristete Anschubfinanzierung zur Schaffung neuer familienexterner Kinderbetreuungsplätze und war federführend bei der Suche nach innovativen Lösungen wie die Betreuungsgutscheine. Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind dann erfolgreich, wenn sie die Wahlfreiheit und Eigenverantwortung der Eltern fördern, regionalen Ge-

gebenheiten entsprechen und bedarfsgerecht sind. Daher muss die Kompetenz bei den Kantonen und Gemeinden bleiben. Die FDP lehnt eine Einmischung des Bundes entschieden ab.

## Kein Staatsdiktat der Kinderbetreuung

Das Parlament muss den Verfassungsartikel mit einem neuen Gesetz umsetzen. Finanzielle Leistungen des Bundes, eine uferlose Anspruchshaltung samt Vorgaben an die Kantone

sind vorprogrammiert. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass in Bundesberne Überregulierung und das Verbot privater Initiative überhand nehmen. So versuchte der Bundesrat bei der Kinderbetreuung durch Bekannte und Familienangehörige über die «Tantenverordnung», eine Bewilligungsbürokratie, obligatorische Kurse und Atteste einzuführen.

## Für eine liberale Familienpolitik

*FDP.Die Liberalen* würdigt das gros-

se Engagement aller Erziehenden für ihre Kinder, unabhängig von der gewählten Familienform. Mütter und Väter sollen sich beruflich engagieren können, wenn sie das wollen und zugleich Familie und Arbeit unter einen Hut bringen können. Aber nicht mit der Verankerung der Familienpolitik in einem neuen Verfassungsartikel, sondern über den liberalen Weg mit dem Engagement der FDP in Kantonen und Gemeinden – **aus Liebe zur Schweiz.**

Streitgespräch

# Minder-Initiative – Fluch oder Segen?

Ist die Minder-Initiative die Lösung gegen geldgierige Abzocker, oder schadet sie unserem Wirtschaftsstandort? Darüber streiten die beiden Nationalrätinnen Gabi Huber und Susanne Leutenegger Oberholzer im «Schweizer Freisinn». Eine spannende Debatte.

*Frau Huber, Sie setzen sich für den indirekten Gegenvorschlag ein und lehnen die Minder-Initiative ab. Was macht ihn Ihrer Ansicht nach zur besseren Lösung?*

**Huber:** Der indirekte Gegenvorschlag nimmt mit rund 80 Prozent die wichtigsten Anliegen der Initiative auf und regelt sie im Obligationenrecht. Er stattet die Aktionäre sogar mit mehr Rechten aus, als dies die Volksinitiative tut. Und schliesslich wird

bietet auch goldene Fallschirme und goldene Millionen-Willkommensgeschenke. Die Pensionskassen, immerhin eine Zwangsversicherung des Volks, müssen endlich an den Versammlungen die Interessen der Versicherten vertreten und transparent handeln.

*Könnten Sie auch mit der anderen Lösung leben?*

**Huber:** Die Stimmbürger haben hier

gleich wieder umgestossen werden. Dass der Gegenvorschlag nach all den Torpedierungsversuchen von Economiesuisse überhaupt brauchbar wurde,

verdanken wir der SP, den Grünen, der SVP und der Initiative.

*Der Rücktritt von Novartis-VR-*

**Huber:** «Der Gegenvorschlag stattet die Aktionäre sogar mit mehr Rechten aus, als dies die Volksinitiative tut.»

mit dem Gegenvorschlag das bewährte Prinzip des liberalen Aktienrechts nicht gerade vollständig über Bord geworfen.

*Frau Leutenegger Oberholzer, Sie setzen sich für die Minder-Initiative ein. Was macht sie Ihrer Ansicht nach zur besseren Lösung?*

**Leutenegger Oberholzer:** In den letzten zehn Jahren sind die Managersaläre explodiert. Die Gier kennt offenbar keine Grenzen. Die Abzockermentalität verbreitet sich wie ein Virus. Das gefährdet Arbeitsplätze und schadet der Wirtschaft. Die Selbstre-

eigentlich eine Grundsatzfrage zu beantworten: Braucht es zwingendes Recht und Strafbestimmungen, um die Aktionäre vor ihren Verwaltungsräten und sich selbst zu schützen? Oder braucht es Leitplanken und eine Pflicht, Grundsätze und Spielregeln der Vergütungspolitik verbindlich in einem Reglement festzuhalten? Die geschlossene FDP-Liberale-Fraktion und das ganze Parlament – mit Ausnahme von Thomas Minder – haben den Grundsatz im Sinne der zweiten Fragestellung bejaht und dem Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe mit 235:1 Stimmen zugestimmt.

**Huber:** «Die Knebelung der Grossen wird folglich auch den Kleinen schaden.»

gulierung hat versagt, Economiesuisse torpediert seit Jahren griffige Regeln. Die Initiative bringt einige wirksame Instrumente gegen die Abzockerei. Für die Entschädigungen der Geschäftsleitungen, und hier sind viele Missbräuche zu orten, braucht es neu zwingend die Zustimmung der Generalversammlung. Die Initiative ver-

**Leutenegger Oberholzer:** Es geht jetzt im Abstimmungskampf nicht darum, womit ich auch noch leben könnte, sondern dass sich die bessere Lösung durchsetzt. Die Initiative ist besser als der weiche Gegenvorschlag mit vielen Ausweichbestimmungen. Zudem kann ein Verfassungsartikel nach einem Ja von Volk und Ständen nicht



Kämpft gegen die Minder-Initiative und damit für den indirekten Gegenvorschlag: Gabi Huber, Nationalrätin Uri.



Präsident Daniel Vasella hat die Wogen wieder hochgehen lassen. Er erhält eine Entschädigung für ein fünfjähriges Konkurrenzverbot und Beratungsdienstleistungen. Können die Minder-Initiative und der indirekte Gegenvorschlag solche Entschädigungen unterbinden?

**Huber:** Mit der Minder-Initiative kann dagegen rein gar nichts ausgerichtet werden! Beim indirekten Gegenvorschlag hat die Generalversammlung hingegen die Pflicht, ein Vergütungsreglement zu genehmigen, und zudem

das Recht, dieses Reglement wieder zu ändern. Die fürstliche Abgeltung von Konkurrenzverboten und nachträglichen Beratertätigkeiten könnten somit limitiert oder untersagt werden. Zudem wäre mit dem Gegenvorschlag – nicht aber mit der Initiative – sogar eine Klage auf Rückerstattung von Entschädigungen möglich, wenn sie in einem Missverhältnis zur Gegenleistung stehen.

**Leutenegger Oberholzer:** Die Initiative untersagt klar «Abgangs- oder andere Entschädigungen» an Organ-

mitglieder. Der Text der Initiative ist klar und lässt keinen Interpretationsspielraum. Wieso sollte Herr Vasella auch zusätzlich zu den rund 250 Mio. Franken, die er von der Novartis bereits bezogen hat, noch eine Entschädigung erhalten? Das geht doch klar zu weit.

*In zwei Sätzen (Anm. d. Red. Die Interviewpartnerinnen erhalten ein Stichwort und müssen die Auswirkungen der Minder-Initiative und des indirekten Gegenvorschlags in zwei Sätzen erläutern):*

*Abzockerei*

**Huber:** Hätten einige wenige nicht masslos übertrieben in Sachen Entschädigungen, hätten wir heute weder eine Volksinitiative noch einen Gegenvorschlag – das wäre der Idealzustand.  
**Leutenegger Oberholzer:** Das ist Selbstbedienung aus den Kassen anderer ohne entsprechende Leistung. Das muss gestoppt werden.

*Volkszorn*

**Huber:** Der Zorn über die Selbstbedienung in gewissen Chefetagen ist verständlich. Die blossе Befriedung des



Setzt sich für die Minder-Initiative ein: Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin Baselland, SP.

**Leutenegger Oberholzer: «Die Initiative verbietet auch goldene Fallschirme und goldene Millionen-Willkommensgeschenke.»**

*Arbeitsplätze*

**Huber:** Die Initiative nimmt die börsenkotierten Unternehmen ins Visier, welche über Auftragserteilungen 250 000 KMU-Arbeitsplätze schaffen. Die Knebelung der Grossen wird folglich auch den Kleinen schaden.

**Leutenegger Oberholzer:** Gierige Manager haben die UBS fast zum Absturz gebraucht. Weniger Gier an der Spitze sichert eine nachhaltige Unternehmenspolitik und schützt langfristig die Arbeitsplätze.

*Wirtschaftsstandort*

**Huber:** Die Annahme der Volksinitiative käme der freiwilligen und vorsätzlichen Verschlechterung der Standortbedingungen gleich. Das

Bauchgefühls wäre aber ein klassisches Eigengoal und den Preis der Überregulierung nicht wert.

**Leutenegger Oberholzer:** Zornig wird das Volk zu Recht, wenn die oben abkassieren, während die verfügbaren Einkommen der Leute mit kleinen und mittleren Einkommen stagnieren. Deshalb ist eine Mehrheit für die Abzockerinitiative, denn wir brauchen in der Schweiz mehr soziale Gerechtigkeit.

*In einem Satz: Weshalb muss die Minder-Initiative abgelehnt/angenommen werden?*

**Huber:** Ein Nein zur Volksinitiative bedeutet nicht einfach nichts, sondern heisst Ja zum Gesetzesvorschlag des Parlaments und grünes Licht für ge-

**Leutenegger Oberholzer: «Weniger Gier an der Spitze sichert eine nachhaltige Unternehmenspolitik und schützt langfristig die Arbeitsplätze.»**

Ausland, mit dem unsere Wirtschaft in hartem Wettbewerb steht, würde sich sicher freuen.

**Leutenegger Oberholzer:** Eine Bremse gegen die Abzockerei schützt den Wirtschaftsstandort, dient der Rechtssicherheit, stärkt die Reputation der Schweiz und dient dem sozialen Frieden.

zielte und viel wirksamere Massnahmen gegen Lohnexzesse.

**Leutenegger Oberholzer:** Die Initiative verankert zwingende Bestimmungen gegen Abzockerei in der Bundesverfassung. Sie nimmt auch die Aktionäre in die Pflicht und verhindert, anders als der weiche Gegenvorschlag, Umgehungsmanöver.

Minder-Initiative

# «Auch wir sind gegen Minder»



«Nein zur Initiative. Der Gegenvorschlag verhindert das Abzocken effektiv und schützt die unternehmerische Freiheit und den Wirtschaftsstandort Schweiz.»

**Irène Hänsli, Präsidentin IFU Info-Forum  
Freies Unternehmertum, Luzern**



«Ich stimme für den Gegenvorschlag, da aus liberaler Sicht nicht mit Regulierungsexzessen auf Lohnexzesse reagiert und der Schweizer Wirtschaftsstandort nicht gefährdet werden darf.»

**Hans Peter Nigg, Inhaber KMU,  
Sevelen SG**



«Ich stimme gegen die Abzocker-Initiative, weil ich nicht auf populistische Parolen setze, die nicht halten was sie versprechen. Deshalb sage ich am 3. März Ja zum Gegenvorschlag.»

**Janina Misar, Studentin, Langenthal**



«Die Minder-Initiative vertreibt internationale Firmen aus der Schweiz. Das gefährdet insbesondere Arbeitsplätze bei uns KMU, wir leben von ihren Aufträgen. Deshalb stimme ich NEIN zur Minder-Initiative.»

**Reto Wettstein, KMU-Unternehmer,  
Windisch**



«Ich bin gegen die Minder-Initiative, weil die Schweiz als Standort für internationale Unternehmen massiv an Attraktivität verlieren würde. Wir dürfen unsere Standortvorteile gegenüber dem Ausland nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.»

**Silvan Amberg, dipl. Steuerexperte, Zürich**



«Die Minder-Initiative hat wichtige Vorarbeit gegen die Abzockermentalität geleistet. Das Problem ist erkannt. Jetzt gilt es aber eine vernünftige Lösung zu finden. Deshalb Ja zum indirekten Gegenvorschlag.»

**Gerda Massüger, Inhaberin Business Park,  
Reinach BL**



2013 – eine Herausforderung

# Es guets Neus – Bonne Année – Buon Anno – Buen Año – A Happy New Year

Und wieder ist ein Jahr vorbeigegangen, mit vielen politischen Ereignissen. Für die Schweiz war es ein vergleichsweise gutes Jahr mit einer für uns Schweizerinnen und Schweizer erfreulichen Bilanz, wie einer gegenüber anderen Staaten guten Wirtschaftslage, Wachstum und stabilen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen.

**François Baur,**  
Präsident FDP International

Die Schweiz bekommt aber auch verstärkt die Konsequenzen ihres politischen Alleingangs zu spüren: Als eines der wohlhabendsten Länder der Welt und gleichzeitig eines der wenigen, welches in Europa noch gesunde Staatsfinanzen und ein – wenn auch moderates – Wirtschaftswachstum aufweist, wird die Schweiz von ihren Nachbarstaaten zunehmend um ihren Erfolg beneidet. Diese versuchen mit allen Mitteln ihre desolaten Staatskassen zu sanieren – wenn möglich durch zusätzliche Geldquellen im Ausland. Da ist die Versuchung gross, sich beim reichen Nachbarn zu bedienen. Der Umgang mit der Schweiz ist rauer geworden. Da liegt es nahe, sich noch stärker in sein Schneckenhaus zu verkriechen, die Luken dicht zu machen und seine Stacheln aufzustellen. Doch diese Politik hilft der Schweiz nicht weiter. Wir leben nicht auf einer Insel der Glückseligen, sondern in einem dynamischen Land, das seinen Erfolg dem intensiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Austausch mit seinen Nachbarn und weiter entfernten Regionen verdankt. Diesen intensiven Dialog gilt es heute auch auf politischer Ebene – in Europa, aber auch weltweit – selbstbewusst und offensiv zu führen.

## Unsere Mitglieder – die wahren Botschafterinnen und Botschafter der Schweiz im Ausland

Die Mitglieder von FDP International sind der lebende Beweis des internationalen Austauschs der Schweiz mit der Welt. Mit über 700 000 Schweizerinnen und Schweizern im Ausland



«Wir wollen die internationale Vernetzung der FDP Mitglieder fördern», François Baur, Präsident der FDP International.

(d.h. rund 10 Prozent der Schweizer Bürger) gibt es wohl kaum ein Land der Ersten Welt, welches prozentual mehr seiner Bürger im Ausland weiss als die Schweiz. Sie sind unsere glaubwürdigsten Botschafterinnen und Botschafter, die durch ihren täglichen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Gastländer das Bild der Schweiz massgeblich prägen und gestalten.

Die Meinung und die Erfahrungen unserer Landsleute im Ausland müssen aber auch für die politische Diskussion im Inland gefragt sein. Sie sind in der FDP International aktiv, weil ihnen die politische Entwicklung der Schweiz nicht egal ist und sie die Zukunft ihres Heimatlandes aktiv mit-

gestalten wollen. Die FDP International ist dazu das geeignete Forum und Instrument. Deshalb will der Vorstand von FDP International die Kontakte zu seinen Mitgliedern verstärken und seine Mitglieder vermehrt in die Entscheidungsprozesse einbinden. Dafür wollen wir in diesem Jahr verschiedene Instrumente einsetzen.

## Neue Informationskanäle und Diskussionsforen für die Mitglieder

Die Online-Plattformen (Internetseite, Facebookseite) werden aktualisiert, werden regelmässig mit Informationen für unsere Landsleute im Ausland gefüttert und sollen wenn möglich durch sie mitgestaltet werden. Ein

Newsletter für die Mitglieder orientiert sie regelmässig über die aktuellsten politischen Entwicklungen in der Schweiz, aber auch über die für uns relevanten Entwicklungen in den Beziehungen der Schweiz mit dem Ausland. Ausserdem wird FDP International regelmässig Beiträge für den Freisinn liefern, welche sich mit Anliegen der fünften Schweiz befassen. Mitglieder von FDP International sollen interviewt und ihre Ansichten der FDP Schweiz nähergebracht werden.

## Regionale Netzwerke

Mit Hilfe der bestehenden Sozialmedien soll auch die Vernetzung unter den FDP-Mitgliedern im Ausland gefördert werden. Wenn möglich, sollen daraus Landesgruppen werden, die sich in die FDP International einbringen. Den Anfang macht der Cercle Libéral Radical Suisse en France, ein loser Zusammenschluss von FDP-Mitgliedern und uns nahestehenden Schweizerinnen und Schweizern bzw. von Doppelbürgern. Weitere regionale Gruppen sollen folgen.

Wer sich von diesen Aktivitäten angesprochen fühlt und eine aktivere Rolle in der FDP International spielen möchte, ist herzlich eingeladen, sich beim Vorstand zu melden. Die aktive Mitgliederbetreuung wird Helen Freiermuth übernehmen. Man kann sich aber an alle Vorstandsmitglieder wenden bzw. über das Generalsekretariat den Kontakt suchen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein aktives und erfolgreiches neues Jahr und freue mich, den einen oder die andere an einem unserer Anlässe, am Auslandschweizer-Kongress oder im Rahmen einer meiner Auslandsreisen persönlich kennen zu lernen.

# FDP

Die Liberalen

---

## Nein zur Minder-Initiative!

### Weil die Minder-Initiative...

- ...zum strengsten Aktienrecht weltweit führt.
- ...den attraktiven Wirtschaftsstandort Schweiz gefährdet.
- ...Abzockerei nicht verhindert.
- ...unnötige und teure Bürokratie verursacht.



---

## Ja zum indirekten Gegenvorschlag!

### Weil der indirekte Gegenvorschlag...

- ...den Aktionären effektiv mehr Rechte gibt.
- ...wirtschaftsverträglich ist.
- ...besser gegen überrissene Boni wirkt.
- ...schneller gegen überrissene Boni wirkt.



---

[www.fdp.ch/minder-nein](http://www.fdp.ch/minder-nein)

---